

«Migration lässt sich nicht auf Knopfdruck stoppen»

Wegen der Migrationskrise wird der Ruf nach Kontrollen an den Binnengrenzen lauter. Illegal Einwandernde sollen so direkt abgewiesen werden können. Doch der EuGH sieht darin einen Rechtsbruch. Und der Migrationsexperte Andrea De Petris hält die Massnahme ohnehin für hilflos.

Daniel Steinvorth, Brüssel

27.09.2023, 05.58 Uhr ⌚ 4 min



Polnische Beamte patrouillieren an der Grenze zu Weissrussland in Bialowieza.

Attila Husejnow / Imago

Binnengrenzkontrollen widersprechen eigentlich der europäischen Idee. Das Schengen-Abkommen erlaubt sie nur in besonderen Situationen, wenn die innere Sicherheit oder die öffentliche Ordnung in den Mitgliedstaaten bedroht ist. Ist dies auch in Zeiten stark steigender Migrantenzahlen der Fall?

Mehrere Länder sehen das so und wollen wieder Kontrollen an den innereuropäischen Grenzen einführen, um Migranten direkt abweisen zu können.

Doch nun macht ihnen der Europäische Gerichtshof (EuGH) einen Strich durch die Rechnung. Zurückweisungen an den Binnengrenzen seien ein Verstoß gegen die sogenannte Rückführungsrichtlinie und damit rechtswidrig, entschieden die Richter vergangene Woche. Auf das oberste europäische Gericht können die EU-Staaten also nicht zählen, wenn sie in der Migrationspolitik souverän handeln wollen.

Der italienische Migrationsexperte Andrea De Petris vom Centrum für Europäische Politik in Rom hält dagegen: Der EuGH interpretiere nur geltende Gesetze und Binnengrenzkontrollen seien ohnehin ungeeignet, um die irreguläre Migration zu bremsen.

Herr De Petris, der EuGH hält Zurückweisungen von Migranten an den Binnengrenzen der EU für rechtswidrig. Ist das ein Rückschlag für die Mitgliedstaaten?

Zunächst einmal muss man hier zwischen Asylsuchenden und illegal Einwandernden unterscheiden. Das EuGH-Urteil richtet sich an Migranten, die keinen Asylantrag gestellt haben und sich ohne gültigen Aufenthaltstitel in einem Mitgliedsland befinden. Der Gerichtshof hat festgestellt, dass die nationalen Behörden auch diesen Leuten das Recht auf eine Frist zur freiwilligen Ausreise gewähren müssen.

Das heisst?

Das heisst, dass eine Person an der Grenze nicht sofort wieder ins Nachbarland zurückgeschickt werden darf. Eine



Andrea De Petris
PD

zwangsweise Ausschaffung darf nur als letztes Mittel eingesetzt werden.

Die Regierungen werden dies nicht gerne hören. Auch die deutsche Innenministerin Nancy Faeser will Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien vorbereiten.

Die Forderung mag aus politischen Gründen nachvollziehbar sein. Sie verstösst aber gegen europäisches Recht, wenn damit Migranten unmittelbar zurückgewiesen werden.

Ist die Forderung aber nicht nachvollziehbar, wenn der Schutz der EU-Aussengrenze offenkundig nicht mehr funktioniert?

Es ist eine Tatsache, dass auch die Militarisierung der Aussengrenze keine Lösung für das Migrationsproblem darstellt. Migration ist ein globales Phänomen. Zu glauben, dass die Migranten aufhören, um die Welt zu ziehen, nur weil die Binnen- und Aussengrenzen der EU geschlossen werden, ist illusorisch. Die Politik sollte in der Lage sein zu sagen, dass die Migration ein strukturelles Phänomen sei, das nicht einfach auf Knopfdruck «gestoppt» werden könne.

Sie hören sich an, als sei Migration ein Naturphänomen, das Staaten zu ertragen haben.

Migration gibt es seit Jahrtausenden. In den letzten zwei Jahrzehnten hat sie Europa stärker betroffen als zuvor, aber

die Menschen sind im Laufe der Jahrhunderte aus verschiedenen Gründen immer weiter gezogen. Ohne Migration gäbe es die Bevölkerung des amerikanischen Kontinents, wie wir sie heute kennen, nicht. Deshalb ist es nicht einfach, sich wirksame Massnahmen gegen ein Phänomen dieses Ausmasses vorzustellen.

Was schlagen Sie vor?

Um die illegale Migration einzudämmen, muss man erstens Möglichkeiten für die legale Einreise in die Zielländer der Migranten schaffen oder verbessern. Auf diese Weise hätten Schlepper eine wesentlich geringere Nachfrage. Allerdings müssen die legalen Einreisekanäle auf Wirtschaftsmigranten, nicht auf Asylbewerber ausgerichtet sein. Die Zahl der Asylbewerber lässt sich nicht von vornherein kontingentieren, da man nie im Voraus wissen kann, wie viele es sein werden. Aber Asyl ist ein individuelles, in internationalen Übereinkommen anerkanntes Grundrecht.

Asyl ist ein Grundrecht, aber nicht Migration.

Deswegen braucht es zweitens viel effektivere Integrationsprojekte, denn es ist nicht einfach, Menschen zu integrieren, die aus Kulturen kommen, die sich oft stark von den europäischen unterscheiden. Europa ist längst von Menschen mit Migrationshintergrund bevölkert, die in europäischen Ländern leben, studieren, arbeiten. Integration ist sicherlich kostspielig, aber ich glaube nicht, dass es billiger ist, Europas Aussengrenzen zu militarisieren und zu überwachen, illegal Migrierende zu inhaftieren und sie in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken.

Was ist mit Dänemark? Dort werden die Grenzen seit Jahren streng kontrolliert, und das Land schränkt den Zuzug ein.

Grenzkontrollen allein sind nicht per se rechtswidrig und unter bestimmten Bedingungen sogar ausdrücklich erlaubt. Die EU-Kommission hat Dänemark aber aufgefordert, die Kontrollen an den Binnengrenzen abzuschaffen und die im Schengener Abkommen vorgesehene innere Freizügigkeit vollständig wiederherzustellen. Kopenhagen soll alternative Massnahmen zu den Grenzkontrollen ergreifen, die ebenso geeignet sind, die innere Sicherheit zu gewährleisten.

Wie wird in Ihrem Heimatland Italien das EuGH-Urteil aufgenommen?

Italien ist in einer anderen Situation. Die Migranten, die nach Italien kommen, tun dies normalerweise über die Aussengrenze. Das EuGH-Urteil könnte sich jedoch auch auf Italien auswirken, zum Beispiel in Bezug auf Migranten, die über die Balkanroute nach Slowenien und dann nach Italien kommen. In diesem Fall könnten die italienischen Behörden selbst Migranten, die keinen Anspruch auf Asyl oder internationalen Schutz haben, nicht sofort zurückweisen.

Italien wird vorgeworfen, Migranten einfach in andere Länder durchzuwinken – was auch einen Bruch der europäischen Regeln bedeutet.

Wenn die Migranten von Italien nach Österreich oder Frankreich gehen, ohne vorher in Italien einen Asylantrag gestellt zu haben, bedeutet das, dass das Dublin-System nicht mehr funktioniert, ja. Das ist auch der Grund, warum sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien in

der Migrationsfrage in letzter Zeit verschlechtert haben. Die Regierung in Rom sollte das Einvernehmen mit Staaten wie Deutschland suchen. Sich in Opposition zur deutschen Regierung zu stellen, hilft der italienischen Sache nicht.

Passend zum Artikel



Die Migrationsabkommen der EU sind kein Wundermittel

19.09.2023 ⌚ 6 min



KOMMENTAR

Das liberale Europa muss Migration steuern, sonst übernehmen die Abriegler das Ruder

21.09.2023 ⌚ 3 min



Streit in der Migrationsfrage: Italiens Regierungschefin Meloni stiehlt Koalitionspartner Salvini die Show

18.09.2023 ⌚ 4 min



Mehr von Daniel Steinvorth (DSt) >



Katalanisch, Baskisch und Galizisch: Im Madrider Parlament herrscht nun ein Sprachengewirr

22.09.2023 ⌚ 4 min





PRO

Mehr Geld, mehr Mitglieder, kein Veto: So wollen Deutschland und Frankreich die EU reformieren

20.09.2023 ⌚ 4 min



In Belgien wütet ein Kulturkampf um den Sexualkundeunterricht

20.09.2023 ⌚ 3 min



Klares Statement für eine Union mit mindestens 30 Mitgliedsländern: Von der Leyen beschwört den «Ruf der Geschichte»

13.09.2023 ⌚ 4 min



Für «Madame Europe» tickt die Uhr

13.09.2023 ⌚ 4 min



Mehr zum Thema Migration >



Der Triester Autor Paolo Rumiz über Europa und die Migranten: «Europa ist der Traum derer, die keine Europäer sind»

vor 3 Stunden ⌚ 5 min



Weil Hunderttausende Migranten durchs Land reisen: Costa Rica will den Notstand ausrufen

27.09.2023 ⌚ 1 min



KURZMELDUNGEN

Deutschland: Ex-Wirecard-Vorstand Marsalek wohl in russisches Spionagenetzwerk verwickelt +++ Nach Tod des sechsjährigen Joel ist ein 14-jähriger Tatverdächtiger verhaftet worden

26.09.2023





Sie reden viel und handeln wenig: Besonders rot-grüne Politiker bremsen eine neue Migrationspolitik

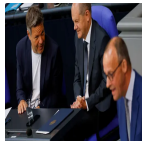
25.09.2023 ⌚ 4 min



GASTKOMMENTAR

Im Herzen Europas und doch nicht dabei. Was will die Schweiz eigentlich?

25.09.2023 ⌚ 6 min



Deutsche Migrationspolitik: Regierung und Opposition nähern sich einander an

23.09.2023 ⌚ 4 min



Weitere Themen

[Europäischer Gerichtshof \(EuGH\)](#)

[Italien](#)

Für Sie empfohlen >



Der Triester Autor Paolo Rumiz über Europa und die Migranten: «Europa ist der Traum derer, die keine Europäer sind»

vor 3 Stunden ⌚ 5 min





KOMMENTAR

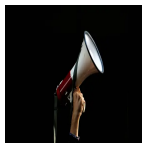
Australiens Indigenen geht es schlecht – ein «historisches» Referendum weckt falsche Hoffnungen

vor 3 Stunden ⌚ 5 min



Eklat wegen Ehrung für einen Waffen-SS-Veteranen in Kanadas Parlament

Aktualisiert 26.09.2023 ⌚ 3 min



GASTKOMMENTAR

Die Meinungsfreiheit ist global im Krebsgang

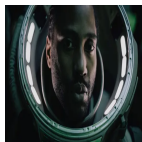
vor 3 Stunden ⌚ 3 min



SERIE

Taras Schewtschenko, der ukrainische Nationaldichter, schrieb auch Gedichte auf Russisch, also steht er jetzt auch auf dem Index

vor 3 Stunden ⌚ 4 min



Mit Kanonen auf KI schießen: Im Blockbuster «The Creator» herrscht Krieg zwischen Mensch und Maschine

vor 3 Stunden ⌚ 4 min



Hoffnung kann uns hüpfen lassen, aber sie darf uns nicht träge machen: Über die menschliche Fähigkeit, sich für das zu öffnen, was möglich ist

vor 3 Stunden ⌚ 6 min



Der heimliche Herrscher Roms: Man kann die Geschichte der Stadt auch als Geschichte des Tibers erzählen

vor 3 Stunden ⌚ 5 min



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.